

4.10.2012

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Hinterholzer und Razborcan

zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH; Jahresbericht 2011, LT-1290/B-8/4

betreffend **Sicherung der EU-Kohäsionsmittel für alle Regionen in der Förderperiode 2014 bis 2020**

Vom Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 hat Niederösterreich in vielerlei Hinsicht profitiert. Die Förderungen der Europäischen Union im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik zählen mit Sicherheit dazu. Mehr als 470 Mio. Euro sind seit dem Jahr 1995 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung nach Niederösterreich geflossen. Damit wurden eine Vielzahl von Projekten angestoßen und Impulse in allen Regionen Niederösterreichs, insbesondere aber in den strukturschwachen Regionen, ausgelöst.

Am 22. bzw. 23. November 2012 soll bei einer außerordentlichen Ratstagung eine Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 und somit über den Haushalt der Europäischen Union für diesen Zeitraum erzielt werden. Die endgültige Annahme des Budgets der Europäischen Union für die Jahre 2014 bis 2020 soll beim Europäischen Rat am 14. Dezember 2012 erfolgen.

Im Budget werden auch die Finanzmittel für die EU-Kohäsionspolitik für die Förderperiode 2014 bis 2020 festgelegt. Erste Dokumente der zyprischen Ratspräsidentschaft, die derzeit den EU-Vorsitz inne hat, lassen befürchten, dass die EU-Strukturfondsmittel für stärker entwickelte Regionen, zu denen auch Niederösterreich zählt, unverhältnismäßig gekürzt werden.

Damit besteht die Gefahr, dass der eingeschlagene niederösterreichische Weg in Richtung Wachstum, verstärkte Innovationsfähigkeit, höhere Krisenresistenz und mehr Lebensqualität nicht im bisherigen Ausmaß fortgesetzt werden kann.

Niederösterreich hat bereits in der Vergangenheit mit verschiedenen Partnern darauf verwiesen, dass seitens der Europäischen Union genügend Finanzmittel für die EU-Kohäsionspolitik bereitgestellt werden müssen. EU-Mittel, die allen Regionen und so auch den stärker entwickelten Regionen zugutekommen müssen. Diese Bemühungen sollen mit Nachdruck und auf allen Ebenen vorangetrieben werden.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass sich der Niederösterreichische Landtag mit Beschluss vom 17. November 2011 zu der von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll initiierten Sankt Pöltner Erklärung von 208 Europäischen Regionen bekannt hat. Da die Ziele der Sankt Pöltner Erklärung durch die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 nunmehr gefährdet erscheinen, scheint eine neuerliche Befassung des Niederösterreichischen Landtags geboten zu sein. Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat sich bereits seinerseits an die zuständigen Vertreter der Österreichischen Bundesregierung gewandt, damit diese im Rat alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um eine Kürzung der EU-Budgetmittel für die Kohäsionspolitik abzuwenden.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Niederösterreichische Landtag bekräftigt sein mit Beschluss vom 17. November 2011 zum Ausdruck gebrachtes Bekenntnis zur Sankt Pöltner Erklärung. Die Ziele der Sankt Pöltner Erklärung sind jedoch durch die Verhandlungen zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 gefährdet. Daher wird die Landesregierung ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass das mögliche Szenario einer überproportionalen Kürzung der Strukturfondsmittel für die stärker entwickelten Regionen abgewendet wird.“